

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Generalsekretariat . Postfach 58 05 64 . 10414 Berlin
HAUSANSCHRIFT Greifswalder Straße 4 . 10405 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-630 . E: info@amnesty.de . W: www.amnesty.de
SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

AMNESTY INTERNATIONAL Postfach 580564 . 10414 Berlin

Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin
Willi-Brandt-Str. 1

10557 Berlin



Berlin, 16.01.2009

OFFENER BRIEF

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

obwohl der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1860 bereits vor einer Woche ohne Gegenstimme einen sofortigen Waffenstillstand forderte, setzen beide Seiten die Kampfhandlungen fort. Die humanitäre Katastrophe in Gaza breitet sich weiter aus. 1,5 Millionen Menschen sitzen dort fest und sind Tod und Zerstörung ausgeliefert. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums vom 14. Januar wurden seit Beginn der israelischen Militäroffensive 1.013 Palästinenser getötet und 4.560 verletzt, darunter viele Frauen und Kinder. Nach Angaben eines israelischen Polizeisprechers wurden durch palästinensische Raketenangriffe bis zum 12. Januar vier israelische Zivilisten getötet und 58 verletzt. Die Gewalt auf beiden Seiten hält an, und die Todeszahlen steigen alarmierend an.

Um das Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung zu mindern, fordert Amnesty International die unverzügliche Umsetzung einer humanitären Waffenruhe, damit Hilfe für die notleidende Bevölkerung bereit gestellt werden kann. Internationale Hilfsorganisationen müssen einen sicheren Zugang zum Gaza-Streifen erhalten, um dringend benötigte Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe und andere Güter wie Heizmaterial, Kraftstoff und Diesel zur Erzeugung von Elektrizität liefern und verteilen zu können. Die bisherige Praxis einer täglichen dreistündigen Waffenpause ist dafür bei weitem nicht ausreichend. Alle Konfliktparteien müssen zudem jederzeit die Unparteilichkeit von medizinischem Personal und von Krankenwagen respektieren. Bitte setzen Sie sich in bilateralen Gesprächen und in internationalen Gremien dafür ein, dass eine solche ausreichend lange humanitäre Waffenruhe von allen Konfliktparteien umgesetzt wird.

Es verdichten sich glaubhafte Berichte darüber, dass beide Seiten wahrscheinlich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Prima-

facie-Beweise für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht häufen sich, und es ist dringend geboten, dass die internationale Gemeinschaft unmissverständlich klar stellt, dass alle Konfliktparteien für mögliche schwere Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir bitten Sie, Frau Dr. Merkel, sich dafür einzusetzen, dass unverzüglich eine unabhängige, unparteiische, internationale Untersuchungskommission eingerichtet wird, die diesen Vorwürfen nachgeht. Dazu gehören sowohl israelische Angriffe auf Zivilisten oder zivile Gebäude im Gazastreifen als auch der wahllose Raketenbeschuss der palästinensischen bewaffneten Gruppen auf bewohntes israelisches Territorium. Die Verantwortlichen für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und für Kriegsverbrechen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Internationalen Beobachtern und Journalisten ist der Zugang zum Gaza-Streifen verwehrt. Um unabhängige Berichte über die Lage vor Ort und die Ermittlung von Fakten zu ermöglichen, ist es dringend erforderlich, dass internationalen Menschenrechtsbeobachtern und Journalisten eine ungehinderte Einreise gewährt wird. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass Menschenrechtsbeobachter in Gaza und in Südisrael stationiert werden, um Berichte über mögliche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zu untersuchen.

Angesichts jüngster Berichte über Waffenlieferungen an die Konfliktparteien möchten wir abschließend darauf hinweisen, dass die Verhängung eines Waffenembargos gegen alle am Gaza-Konflikt beteiligten Parteien dringend notwendig ist, um den ungesetzlichen Angriffen und anderen Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht Einhalt zu gebieten. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass der UN Sicherheitsrat ein Waffenembargo gegen die Konfliktparteien verhängt. Damit würde nicht nur der Nachschub mit Waffen und Munition zukünftig verhindert werden, sondern auch eine deutliche Botschaft an Israel, Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen gerichtet werden, dass die Staatengemeinschaft entschlossen ist, die Einhaltung internationalen Rechts durchzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,



Barbara Lochbihler
Generalsekretärin

